

# Sohrauer Stadtblatt.

Publikations-Organ für Zory (Sohrau Poln.-Ost.) und Umgegend.

## Erscheinung

Wöchentlich einmal; Sonnabend.

Bezugspreis: Wöchentlich frei im Hause und bei allen Postanstalten 0,75 Holo.

Eigentümer, Verleger, Herausgeber u. Drucker:

B. Hunold, Stadtbuchdruckerei, Zory.

Verantwortlicher Redakteur: Paul Hunold.

## Anzeigen-Preis

Die einseitige Zeilenbreite 10 Gr.  
Inseraten-Annahme die späteste Freitag  
10 Uhr vormittags.

Nr. 4

Samstag, Nr. 49

Sonnabend, den 23. Januar 1932.

Gegründet 1879

54. Jahrgang.

## Rundschau.

### Polen.

#### Polens Vertreter auf der Abrüstungskonferenz.

Warschau, 18. Januar. Die polnische Delegation für die Abrüstungskonferenz ist nunmehr bestimmt worden. Der Delegation werden angehören als ständige Mitglieder: Außenminister Poleski, Brigadegeneral Burhardt-Bulacki, der auch Mitglied des obersten Kriegsrates ist, und der polnische Delegierte beim Völkerbund, Sotol. Außerdem sind eine Reihe von Vertretern ernannt, darunter mehrere hohe Militärs. Auch eine Reihe von Sachverständigen werden sich zur Abrüstungskonferenz nach Genf begeben, darunter für das polnische Flugwesen der Oberst de Raurain, der Chef der polnischen Marine Englicht u. a. m.

#### Ein Hoch auf die Breisgefängenen.

Warschau, 18. Januar. Bei Eröffnung der gestrigen Sitzung ergab sich bei Eintritt der Abgeordneten Liberman und Dubols in dem Sejm eine bemerkenswerter Zwischenfall. Von den Abgeordneten der Linksopposition wurde in dem Augenblick, als die beiden ehemaligen Breisgefängenen eintraten, ein Hoch auf die Breisgefängenen ausgerufen. Dem Abgeordneten Liberman wurde ein großer Blumenstrauß überreicht. An der Rundgebung für die ehemaligen Breisgefängenen beteiligten sich sogar die Nationaldemokraten. Die Rundgebung dauerte eine kurze Zeit an und konnte nicht sofort durch den ständigen laufenden Sejmarschall unterbrochen werden. Nach einigen Minuten erst nahm die Sitzung ihren normalen Verlauf.

### Aus aller Welt.

#### Vor der Reparationskonferenz.

London, 16. Januar. In England macht sich hinsichtlich der Reparationsfrage ein Stimmungsumschwung bemerkbar. Während noch vor wenigen Tagen die Kreise überwiegend hatten, die eine völlige Streichung der deutschen politischen Schuldverpflichtungen propagierten, erhebt jetzt überall der Ruf nach einer großzügigen Zwischenlösung, d. h. Verlängerung des Moratoriums. Die Erklärung lautet, daß Deutschland nicht mehr zahlen könne, sei zu plöblich gekommen, die politische Diskussion sei als ihre Folge zu heftig entbrannt, als daß jetzt schon in Verhandlungen eingetreten werden könnte, die genügend sachlich vorbereitet wären, um eine Einlösung dieser großen Frage herbeizuführen. Es sei besser, daß das Moratorium zu verlängern, das ganze Jahr über die Frage erst zu prüfen und gegen Ende des Jahres eine Entscheidung herbeizuführen.

Paris, 18. Januar. In der großen Pariser Informationspresse kommt der Wunsch nach einer Verschlebung der Konferenz immer deutlicher zum Ausdruck. Man möchte sich jedoch vermeiden, daß der Wunsch hierzu von Frankreich ausgeht, um nicht einer Boykottierung der Konferenz beschuldigt zu werden. Für eine Verschlebung werden die verschiedensten Gründe in den Vordergrund geschoben. Man legt hierbei besonderen Nachdruck auf die Notwendigkeit einer vorherigen Verständigung unter den Gläubigermächten, die noch sehr weit von der Bewilligung entfernt ist.

Das „Journal“ spricht von einem amtlichen französischen Schritt bei den beteiligten Regierungen zur Verschlebung der Konferenz um 5—7 Monate. Es habe den Anschein, als ob dieser Antrag allgemein angenommen werde.

Unter diesen Umständen werde die Konferenz zwar zum festgesetzten Zeitpunkt eröffnet werden, aber nicht länger als vier bis fünf Tage dauern. Die Sachverständigen würden lediglich Kenntnisse von den vorbereiteten Arbeiten nehmen und dann noch im Laufe des Jahres eine neue Konferenz abhalten. Außerdem sei beabsichtigt, daß die in London vertretenen Mächte in einer gemeinsamen Note der amerikanischen Regierung dem Vorschlag zustimmen sollten, das Moratorium um weitere sechs Monate zu verlängern. Diese Maßnahme würde es erlauben, die Konferenz länger bis nach den französischen und deutschen Wahlen hinauszuschieben. Die Verschlebung müsse dazu benutzt werden, eine Gegenoffensive vorzubereiten.

Das „Echo de Paris“ glaubt zu wissen, daß sich die französische Regierung bereits für die Verschlebung entschieden und dies dem amerikanischen und englischen Botschafter in Paris mitgeteilt habe.

Paris, 18. Januar. In einer offiziell offiziell Charakter tragenden Auslassung erklärt die Agence France unter Hinweis auf die gegenwärtig zwischen den am Youngplan interessierten Mächten geführten diplomatischen Verhandlungen und insbesondere dem heutigen Besuch des deutschen Botschafters bei Ministerpräsident Laval:

Wegen der Wahlen, die im Laufe des Jahres in Frankreich, Deutschland und den Vereinigten Staaten stattfinden sollen, vertritt sich in den interessierten internationalen Kreisen immer mehr die Ansicht, daß man gegenwärtig umsofort zu einer detaillierten und ausgiebigen Lösung des Reparations- und Kriegsschuldensproblems gelangen kann. Man scheint jetzt in Paris und London darüber einig zu sein, für Deutschland das am 1. Juli 1932 ablaufende Hoovermoratorium lediglich zu erneuern und unter gleichen Bedingungen für sechs Monate oder ein Jahr zu verlängern. Gleichzeitig würden die europäischen Schuldner der Vereinigten Staaten, die Gläubigermächte an Deutschland haben, in einer gemeinsamen Erklärung für ihre Rechnung von der amerikanischen Regierung als Befragung und während der Dauer des neuen Deutschland zu bewilligten Moratoriums gleiche Behandlung fordern. Wenn die Verhandlung auf dieser Grundlage zwischen den Unterzeichnern des Youngplans auf diplomatischem Wege erledigt werden kann, wird die Konferenz der Konferenz vorläufig gegenstandslos werden, da der Kern des Problems nicht vor Ablauf des Jahres von den interessierten Regierungen erörtert werden wird. Unter diesen Umständen könnte eine Zusammenkunft von Finanzministerpräsidenten zur Ausarbeitung eines gemeinsamen Vorschlags zur Verlängerung des laufenden Hoovermoratoriums notwendigen Abkommens genügen.

Berlin, 20. Januar. Bevor die englische Regierung auf dem Wege über das Foreign Office die Erklärung über die Notwendigkeit einer Verschlebung der Konferenz abgegeben hat, forderte der englische Botschafter in Berlin bei der Reichsregierung, ob Deutschland mit einer Verlängerung des Hoovermoratoriums einverstanden sei. Wie aus London verlautet, hat Dr. Brüning im Namen des Kabinetts eine solche Verlängerung abgelehnt und eine Einlösung gefordert.

#### Laval gegen Reparationsstreichung und Abrüstung.

Paris, 20. Januar. Die neue französische Regierung hält sich am liebsten nachmittags der Kammer vor. Das Haus war voll besetzt. Laval war nicht erschienen. Ministerpräsident Laval wies einleitend auf die vorgelegten Verhandlungen zur Bildung einer Einheitsregierung

hin, um dann sofort auf die Erbschaftsfrage einzugehen. Laval betonte, daß die französische Regierung seiner Lösung der Erbschaftsfrage zustimmen könne, die ohne die Krise zu verbessern französische Interessen und Rechte verletzen würde.

Die Politik hat, so führte er aus, die Meinung der Völker verdient und eine Reihe von Lösungsvorschlägen aufzuheben lassen, die mehr auf Einlösung aufgebaut sind als auf Zwang. Die Annahmefähigkeit der Reparationen und der internationalen Schulden würde eine Folge dieser Willensverfassung sein. Wir werden aber keine Lösung zur Behebung der Krise annehmen können, welche die besonderen Interessen Frankreichs und seine durch freiwillig anerkannte Beträge verbleibenden Rechte verletzen würde. Wir werden uns das Recht auf die Reparationen nicht streitig machen lassen. Man verlangt von uns eine Leistung zugunsten unseres Schuldners. Wir haben aber die Pflicht gegenüber der Generation, die den Krieg erlebte, nichts von unseren Forderungen ohne eine gleichzeitige Aufhebung unserer Schulden zu opfern und wir haben gegenüber der kommenden Generation die Pflicht, jedes Abkommen einem gerechten Ausgleich der Generationen- und Lebenshaltungskosten unterzuordnen. Dieser Ausgleich würde aber nicht bestehen, wenn, sobald einmal die Krise vorüber ist, die ungerechte Verteilung der finanziellen Lasten uns in der internationalen Konkurrenz in eine schlechtere Lage als andere Länder bringen würde. Die Regierung wird sich bei allen Verhandlungen an diese Grundsätze halten, die auch von der Kammer immer wieder anerkannt worden sind.

Bzüglich der bevorstehenden Abrüstungskonferenz wurde sich Frankreich, so erklärte Laval weiter, an seine Verschrift vom 15. Juli 1931 halten. Diese Politik sei nicht nur diejenige Frankreichs, sondern auch diejenige des Völkerbundes. Alle Parteien in Frankreich haben immer wieder betont, daß der Erfolg der Abrüstungskonferenz nur dann gesichert wäre, wenn sie in einem eng umgrenzten Rahmen stattfinden würde. Dieser Rahmen müsse sein: Achtung vor den Verträgen, Schiedsgerichtsbarkeit, Feststellung des Angeifers, gegenseitige Unterstützung bzw. Sicherheit. Es ist falsch, wenn man von Frankreich Nachahmung erwartet. Sein freies Willen, dem Frieden zu organisieren, schließt das ein und das andere aus.

Als Laval seine Ausführungen beendet hatte, stimmte die Linke in den Ruf ein: „Es lebe Irland!“

Nach Laval ergreift der Kammerpräsident Doussin das Wort, der ebenfalls darauf hinwies, daß das Ansehen des Völkerbundes nicht geschwächt werden dürfe. Es wurde dann beschlossen, sofort in die Beratung der Anfragen über die allgemeine Politik der Regierung einzutreten.

In der Kammeransprache über die allgemeine Politik der französischen Regierung erklärte der Abgeordnete Lefebvre, Laval habe als Außenminister nicht die Autorität wie Deland.

Der Sozialist Leon Blum erklärte, Deutschland verweigere die Zahlungen. Man müsse sich fragen, ob die verschiedenen französischen Kabinette auch alles unternommen hätten, um die republikanischen und demokratischen Kräfte in Deutschland zu unterstützen. Wenn Frankreich sich auf sein Recht verleihe, so würden die nationalsozialistische Propaganda und dadurch das Elend und das wirtschaftliche Chaos nur noch verstärkt. Es entstand ein Tumult, als Blum der Regierung vorschlug, einen Geist der internationalen Solidarität walten zu lassen. Man müsse französischerseits ausgehen, daß





fanden. Er verlangt für sie eine langfristige Miete. Ihm antwortete Abg. Jäger, der einen anderen Antrag stellt, nach dem der Staat in seiner nächsten Sitzung eine 5-jährige Kommision zur Untersuchung der Angelegenheit in Einklang stellen soll. Dieser Antrag wurde angenommen mit dem Zusatz, daß der Antrag des Staats dieser Kommision zugewiesen werden soll. Bei dieser Diskussion kam es zu Zwischenrufen und einem Wortgefecht zwischen den Abgeordneten Kapfenstein und Witzgott. Dem ersteren wurde der Ordnungsruf erteilt, worauf die Sitzung die Saal verließ.

Nachdem noch die Anträge über landwirtschaftliche Reklamationen und über ein Verbot der Erhebung der Preise landwirtschaftlicher Produkte durch Vermittler und Händler der Agrarkommision überwiesen waren, wurde die Sitzung geschlossen.

Die nächste Sitzung des Schlesischen Provinzialrates am Freitag, den 22. Januar, vormittags 10 Uhr, fast. Der Vorsitzende wird an dieser Sitzung von Wenzel des Budget für das kommende Wirtschaftsjahr 1932/33 vorlegen und die Angelegenheiten verhandeln. Das Budget ist fast fertig. Die Ausgaben sind mit 83 576 000 und die Einnahmen mit 83 317 000 Pfund angegeben.

• (Volen zählt über 32 Millionen Einwohner.) Die Volkszählungsergebnisse vom 9. Dezember d. J. sind im großen Umfange fertiggestellt. Die Zahl der Bevölkerung beträgt 31 927 773 Köpfe, die Ausdehnung der Wohnstätten, die in der Zählung nicht mitbegriffen sind. Werden die Wohnstätten hinzugefügt, dann beträgt die Zahl der Einwohner mit über 32 Millionen. Die Volkszählung von 1921 ergab 28 858 112 Personen, welche ist in den 10 Jahren ein Zuwachs von 3 070 000 Personen oder 10 Prozent zu verzeichnen. Den höchsten Zuwachs weisen die Ost-Weimarschen (34 Prozent) auf, die Ost-Weimarschen einen solchen von 19 Prozent und die West-Weimarschen 11 Prozent. Polen zählt 11 Städte über 100 000 Einwohner (1921 — 6 Städte), darunter Warschau mit 1 178 211 Einwohner. In den 11 Ost-Weimarschen leben zusammen 3 221 745 Personen. Alle diese Städte weisen einen Zuwachs von 22,4 Prozent Personen in den 10 Jahren auf.

• (Verteilerstreik gegen Lohnkürzung.) Der Verteilerstreik der den Berufsständen angehörenden Gewerkschaften war von 320 Delegierten besetzt. Die Tagung, die in Katowice stattfand, befaßte sich mit der Forderung der Arbeiter der allgemeinen Forderung auf Kürzung der Löhne um 25 Prozent ab 1. Februar. Den Vorsitz führte der Abgeordnete Gwilt, Vertreter der u. a. die Abgeordneten Jäger und Kapfenstein, sämtlich der Arbeiterpartei angehörend. Nach einer überaus heftigen Diskussion, in der u. a. auch die Forderung auf Aufrechterhaltung des Lohnstandes gestellt wurde, wurde eine Entschließung angenommen, in der die Regierung aufgefordert wird, gegen die beschlossene Lohnkürzung, die die Forderung der gesamten Arbeiterschaft zu vernichten droht, Stellung zu nehmen. Stelle es der Forderung nicht möglich sein, den Arbeitern einen hinreichenden Lohn zu zahlen, so sei der Staat verpflichtet, die Sozialisierung der Betriebe einzuleiten. Die Lohnkürzung wurde entschieden abgelehnt und es wurde gefordert, eine einheitliche Front sämtlicher Arbeitnehmerverbände herzustellen.

Es läßt sich nicht leugnen, daß die Regierung mit erhöhter Aufmerksamkeit die Vorgänge in Polen-Ober-Schlesien verfolgt, nachdem sie den Ernst der Lage durchaus erkannt hat, und eine Entscheidung in der Konflikt freudig beizulegen. Wenn trotz der Generalstreikempfehlung in Katowice ein, so zunächst mit den Arbeitgeber und dann mit den Vertretern der Arbeitnehmerorganisationen zu verhandeln.

• (Der Tote auf Karsten-Grube geboren.) Von den sieben Verhafteten auf der Karsten-Grube sind nunmehr, nach häßlicher Arbeit, zwei Tote geboren worden. Es handelt sich um die Frau Heinrich Beck und Jovag Witsch, beide aus Bielefeld. Einer wurde in den späten Abendstunden des Sonntags, der andere am Sonntag nachmittags freigelegt. Nach dem Befund der Leichen und dem Zustand der Erde ist anzunehmen, daß beide nach dem Erdbeben einen schnellen Tod gefunden haben und nicht, wie von anderer Seite gemeldet wurde, erst nach längerer Qual. Man fand die Leichen an verschiedenen, ziemlich weit auseinander liegenden Stellen. Die Verursacher der verhängnisvollen Katastrophe werden unermüdlich verfolgt, doch ist die Hoffnung, noch jemand lebend vorzufinden, verschwindend gering. Noch nicht geboren sind die Frau Gertrud Marx, Frau Karst, Paul Schmidt I und Stanislaus

Gerber, sämtlich aus Karst, sowie der Fördermann Alois Kersch und Stefan Biele.

Die die Rettungsarbeiten ergaben, hätte Witsch einen Schüttelbruch, Witsch einen Schüttelbruch erlitten, so daß sie umwölbt und lange gelebt haben können. Die Verbleibung der beiden auf dem Grube der Arbeit aufgegebenen Verurteilten Witsch und Witsch fand am Mittwoch, den 20. Januar, vom Knappschaftsbezirk Bielefeld aus statt.

Auf der Karsten-Grube wurde Dienstag, am 16. Tage nach dem Erdbeben, am 4. Januar, in den frühen Morgenstunden die Leiche eines dritten Verstorbenen, des verurteilten Händlers Max Karst, geborgen. Karst war, da seine Leiche abgehoben von den noch verbleibenden Verurteilten gefunden wurde, mitten in der Arbeit vom Tode überfallen worden sein.

Im Laufe des Rettungsabends gelang es den Rettungskommissionen auch den vierten Toten zu bergen. Es ist der Hauer Paul Schmidt aus Bielefeld, verurteilt nach Vater von vier Kindern. Schmidt war der Älteste der auf Karsten-Grube verurteilten vierzehn Verurteilten. Nach er nach sofort tot gewesen sein, da man ihn erst nach Stundenlangem mühseligen Aufgrabungsarbeit aus dem Schuttmassen der zerbrochenen Gesteine herausheben konnte.

• (Hohe Belohnung der Rettungskommissionen.) Der Landeshauptmann von Oberschlesien hat den Rettungskommissionen, die sich in Verbindung mit dem Karsten-Grube auf die Rettung ihrer verurteilten Kameraden eingelassen haben, einen Betrag von 3300 Mark zur Verfügung gestellt, der mit einem Handschreiben des Landeshauptmanns an die beteiligten Bergleute durch die Verwaltung verteilt werden soll.

• (Radikal Betraum auf die ober-schlesischen Bergleute.) Bergleute sind unter Romanen. Das hat sich wieder einmal deutlich gezeigt bei dem schweren Unfall auf Karsten-Grube. Und die gesamte Bevölkerung von Bielefeld ist lang verbunden mit dem Schicksal ihrer Bergleute. Das konnte man aus der gewaltigen Beteiligung an dem Dankgottesdienst für die Rettung der sieben Verurteilten erkennen, der am Sonntag in der Org 3 in Kirche abgehalten wurde. Das Gotteshaus war überfüllt. In dem Gotteshaus, das der älteste Pfarrer in Bielefeld, Pfarrer Schmidt geleitet, verlas der Kantor der Org 3 in Gemeinde, Vater Herr Prof. Dr. E. J., ein herzlich und eindringliches Gebet für die Verurteilten von Bielefeld, Radikal Betraum, der darin die biblischen Geschichten der Rettungskommissionen als leuchtendes Beispiel für alle Kreise des Volks in diesen allgemeinen Not bezeichnet. Das Hagel sei auch eine Mahnung an die Bergleute, nicht die alte Sitte zu vergessen, vor der Gefahr zu hüten zum Herrn über Tod und Leben. Das Schreiben Radikal Betraum lautet: „Ich bitte das sorgvolle ober-schlesische Industriegebiet und seine im ersten Daseinskampf stehenden Bewohner.“

• (Erdbebenbruch auf Karsten-Grube.) Am Dienstag nachmittags ereignete sich auf der Karsten-Grube ein schwerer Unfallsfall. Durch herabfallende Gesteinsmassen wurden drei Bergleute verurteilt. Zwei Knappen, vom Karsten und Fischer, konnten lebend geborgen werden. Der dritte Verurteilte, ein gewisser Voss, war tot. Die zwei schwerverletzten und der Tote wurden ins Knappschaftsbezirk in Elmenowitz eingeliefert.

• (Fünf Jahre Gefängnis für Brandstiftung.) Im letzten Sommer entstanden im Kreis Wuppertal drei Brände, deren Ursache am Brandstiftung zurückzuführen war. Die politischen Ermittlungen verliefen ergebnislos, bis es nach langwierigen Schwierigkeiten gelang, den stark verdächtigen 33-jährigen Arbeiter Alois Korte zu ergreifen und Radlin als den Täter festzustellen. Diese Brandstiftungen kamen am Dienstag vor der Wuppertal Strafkammer zum Austrag. Er hatte am 17. Juni, am 4. und am 30. August seinen Nachbarn die Scheunen angezündet. Sie brannten sämtlich nieder. Ein Verurteilter der Brände war nicht möglich, da diese in dem Winterabend entstanden, wo sämtliche Einwohner schliefen. Er, der seine Unternehmung im Koblenz Gericht verurteilt, verurteilt dort Gefängnis zu verurteilen. Den Bewährungsfrist gelang es jedoch, ihn am Leben zu erhalten. Auf Grund dessen wurde er zur Untersuchung seines Gefährdungs der Wuppertal Strafkammer überführt. In der Verhandlung am Dienstag bestritt der Angeklagte, die ihm zur Last gelegten Brände angelegt zu haben. Außerdem behauptete er, sich auf Einzelheiten der Brandstiftung nicht mehr erinnern zu können, da er geistig gestört sei. Die Prognose ergab, daß nur als Täter in Frage komme, da er angeblich Freude daran hat, Brände zu setzen. Die als Gefährdungsbedingte verurteilt

Physiker Dr. Brucke sowie Dr. Witzgott. Ihn ist, daß R. völlig normal sei. Nach längerer Beratung sollte das Gericht das Urteil, das für R. auf fünf Jahre Gefängnis lautete. Die Untersuchungsbedingte wurde ihm angedeutet.

• (Die Frau mit der Art ermordet.) Der 21-jährige Fritz Herrmann Hartwig aus Bielefeld hatte sich der Polizei angeschlossen, daß er seine 19-jährige Frau ermordet habe. Sie war die ganze Nacht von Hause fortgegangen und kam erst gegen 1/29 vormittags zurück. Es kam zwischen ihm und seiner Frau zu einer heftigen Auseinandersetzung. Am Morgen desselben griff der junge Mann zu einer Art und brachte seiner jungen Frau am Morgen tödliche Verletzungen bei. Mit nur schwachen Lebenszeichen wurde sie in das Schwerekrankenhaus eingeliefert. Dort ist sie am Sonntag an den Folgen der erlittenen Verletzungen gestorben. Als der Mörder im Gefängnis die Nachricht von dem Tode seiner Gattin erhielt, ergriff ihn bittere Reue und Betrübnis über seine schreckliche Tat. Er gebete sich wie ein Wahnsinniger.

• (50 000 Kriegsgeldbesitzer verlieren ihre Rechte.) Die Regierung tritt Vorbereitungen, um allen kriegsgeldbesitzenden Kriegsgeldbesitzern die Rechte zu entziehen. Insgesamt kommen dabei gegen 50 000 Kriegsgeldbesitzer in Betracht, die ihre Rechte verlieren würden. Die Regierung unter den Kriegsgeldbesitzern ist deshalb begreiflich, überhaupt, wenn man bedenkt, daß viele Kriegsgeldbesitzer arbeitslos sind und nur die Rechte angewiesen sind. Wie ihnen die Rechte entzogen, dann soll sie dem Geld besitzenden. Die Verurteilten der Kriegsgeldbesitzern haben bereits in dieser Angelegenheit bei der Regierung interveniert und werden ein Memorial dem Reich und Reichstag vorlegen, um die Rechte entzogen zu verhindern.

• (Ein Kampf im Schneefeld.) Sonntagabend ereignete sich ein heftiger Kampf zwischen einem Mann und einem anderen Mann, der die Station Katowice einen Lohnkutschmann, als er bemerkte, daß ihm ein größerer Geldbetrag gestohlen worden war. Es handelt sich um einen Mann aus Kanada, der durch den Diebstahl um die Forderung langwierige Arbeit und Ersparnisse gebracht wurde. Ein Geschäftsmann, der die Verurteilten des Todes verurteilt wollte, weil dieser die Notbremse gezogen hatte, wurde von dem Mann mit einem Revolver bedroht und dann durch einen Schuß ins Bein verletzt. Der bedauernswerte Emigrant wurde in das Krankenhaus in Krakau überführt.

• (Schach.) In den langen Winterabenden kommt auch das Schach wieder zu Ehren, mag es von zwei Personen gespielt oder nur dadurch gepflegt werden, daß man allein schwierige Schachaufgaben löst. Das Schach (Spiel der Könige, aus dem perfekten (schach) stammt aus Indien, wo es bereits lange vor unserer Zeitrechnung erfunden wurde und wo es zuerst von 4 Parteien auf dem 64-feldrigen Brett gespielt wurde. Man nannte es Würfelspiel (Schach) und die Regeln dieses karvollen Spiels sind aus 37 Sanskrit-Texten erhalten. In der Folgezeit wurden es 2 Parteien zusammengezogen und in dieser Gestalt kam das Schach zuerst nach China und Persien, von dort unter Karl dem Großen nach Frankreich und später nach die Mauren und Sarazenen nach Italien und Spanien. Die allgemeine Verbreitung des Schachs, besonders in Frankreich und Deutschland, erfolgte erst durch die Kreuzfahrer. Ein Mittelalter gab das Spiel oft Anlaß zu blutigen Kämpfen. Schon in alten Volksliedern, wie „Die vier Haimonskinder“, wird mehrfach erwähnt, daß beim Schachspiel die Figuren dem Gegner im Horn an den Kopf flogen und er dadurch getötet wurde. Die Figuren waren nämlich im Mittelalter sehr massiv und schwer, meist aus Erz gearbeitet, wie das mehrere Bild und schwere Kupferstücke zeigt, das noch jetzt in der Pariser Nationalbibliothek als Schachmännchen Karls des Großen gezeigt wird. Von berühmten Persönlichkeiten, die das Schach spielten, wollen wir nur Karl I von England, Ludwig XIII von Frankreich, Napoleon I. und die Königin Marie von Preußen nennen. Was würde wohl heutige eine Festschachmann dazu sagen, wenn er zur Erstellung des Schachbretts mit dem Vater der Haimonskinder eine Partie Schach zur Prüfung spielen müßte? Das kam nämlich früher vor. Bei den vornehmen Gesellschaften in Schweden und Holland verurteilten die Mütter, ehe sie ihre Töchter dem Freier gaben, diesen im Schachspiel, denn „in solchem Spiel enthalten sich die Fähigkeiten des Geistes, wie sie auch Gutmütigkeit, Langmutigkeit, Fleiß, Geduld, Mäßigkeit, Mäßigkeit und andere Eigenschaften während des Spiels offenbaren.“ Das ist jetzt nicht mehr Sitte, und mancher mag darüber froh sein...

**Gebrauchte Schlittschuhe**  
(auch reparaturbedürftig) **kauft**